S 22 R 749/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Sozialversicherungspflicht bzw -freiheit - Mitglied des Vorstands einer rechtsfähigen gemeinnützigen Stiftung bürgerlichen Rechts - Geschäftsführungstätigkeit - Vergütung - Aufwandsentschädigung - abhängige Beschäftigung - selbstständige Tätigkeit - Abgrenzung
Leitsätze	<p>1. Hat ein Vorstandsmitglied einer Stiftung bei seiner geschäftsführenden Tätigkeit die von ihm allein nicht beeinflussbaren Beschlüsse des Vorstands umzusetzen, ist er abhängig beschäftigt, auch wenn ein anderes weisungsberechtigtes Stiftungsorgan nicht existiert.</p> <p>2. Ein die abhängige Beschäftigung ausschließendes unentgeltliches Ehrenamt liegt nicht vor, wenn eine Vergütung auf der Basis eines Stundensatzes gezahlt wird und deren Umfang nicht evident einer Ehrenamtspauschale gleichkommt.</p>
Normenkette	<p>SGB III § 25 Abs 1 S 1; SGB IV § 7 Abs 1 S 2; SGB V § 5 Abs 1 Nr 1; SGB VI § 1 S 1 Nr 1; SGB XI § 20 Abs 1 S 2 Nr 1; BGB § 26; BGB § 27 Abs 3 F: 2002-01-02; BGB § 27 Abs 3 S 2 F: 2013-03-21; BGB § 28; BGB § 32 Abs 1 S 3; BGB § 80; BGB §§ 80ff; BGB § 86 S 1 F: 2009-09-24; BGB § 665 F: 2002-01-02; BGB § 670 F: 2002-01-02</p>
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 22 R 749/16
Datum	04.05.2017

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 R 398/17
Datum 27.02.2019

3. Instanz

Datum 23.02.2021

Â

Die Revision der KlÃ¤gerin gegen das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-âWestfalen vom 27.Â Februar 2019 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Die KlÃ¤gerin trÃ¤gt auch die Kosten des Revisionsverfahrens mit Ausnahme der auÃgerichtlichen Kosten der Beigeladenen.

Der Streitwert wird auf 5000Â Euro festgesetzt.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Die Beteiligten streiten (noch) Ã¼ber die Versicherungspflicht des Beigeladenen zuÂ 1. (im Folgenden: Beigeladener) in seiner TÃtigkeit als Vorstandsmitglied der KlÃ¤gerin vom 13.11.2010 bis zum 31.8.2012 in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und nach dem Recht der ArbeitsfÃ¼rderung sowie vom 1.8.2014 bis zum 31.12.2016 in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der sozialen Pflegeversicherung (sPV).

Â

2

Die KlÃ¤gerin ist eine rechtsfÃhige gemeinnÃ¼tzige Stiftung bÃ¼rgerlichen Rechts, die der Stiftungsaufsicht nach dem Stiftungsgesetz des Landes Nordrhein-âWestfalen unterliegt. Ihre Zwecke erstrecken sich auf die FÃ¼rderung von Wissenschaft und Forschung sowie von sozialen Projekten. Das Stiftungskapital der KlÃ¤gerin besteht aus einem Anteil von 50Â vH am Stammkapital der BÂ GmbH (BÂ GmbH). Einziges Organ der Stiftung ist der aus drei Personen bestehende Vorstand, der sie leitet und verwaltet sowie gerichtlich und auÃgerichtlich durch jeweils zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam vertritt. FÃ¼r die Beschlussfassung im

Vorstand genÃ¼gt grundsÃ¤tzlich die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Ã

3

Der im Juli 1947 geborene Beigeladene war seit dem 12.11.2010 Mitglied des Vorstands. Zu seinen Aufgaben gehÃ¶rte neben der strategischen Ausrichtung der Stiftung insbesondere die ProjektfÃ¶rderung sowie die ertragssichernde Investition des Stiftungskapitals. Er traf sich mit den anderen Vorstandsmitgliedern in der Regel an drei festen Tagen in der Woche und nahm darÃ¼ber hinaus auswÃ¤rtige Termine wahr. Bis zum 31.7.2014 war der Beigeladene auÃerdem BeschÃ¤ftigter der BÃ GmbH. Seit dem 1.9.2012 bezieht er eine Regelaltersrente.

Ã

4

Laut Satzung der KlÃ¤gerin (*Ã§ 5 Abs 6 der Satzungen 1999, 2011 und Ã§ 5 Abs 8 der Satzungen 2012, 2013, 2014*) Ã¼bten die Vorstandsmitglieder ihr Amt ehrenamtlich aus; sie hatten insoweit in angemessenem Rahmen Anspruch auf Erstattung ihrer Aufwendungen einschlieÃlich einer âVergÃ¼tungâ ihres Zeitaufwands. Die konkrete HÃ¶he der finanziellen Zuwendungen ergab sich aus der jeweils gÃ¼ltigen GeschÃ¤ftsordnung sowie ergÃ¤nzenden VorstandsbeschlÃ¼ssen. Die pauschale jÃ¤hrliche TÃ¤tigkeitsvergÃ¼tung fÃ¼r den Beigeladenen im Jahr 2011 in HÃ¶he von 20.000 Euro beruhte nach EinschÃ¤tzung des Vorstands auf der Bemessungsgrundlage eines Stundensatzes von 75 Euro (*Nr 8.4 des Protokolls der Vorstandssitzung vom 29.4.2011*). Die ErhÃ¶hungen in den folgenden Jahren auf bis zu 60.000 Euro im Jahr 2016 wurden mit den gestiegenen ErtragsausschÃ¼ttungen aus der Beteiligung an der BÃ GmbH begrÃ¼ndet. Die zeitnahe Verwendung der Mittel bedinge erheblich hÃ¶here Zeitaufwendungen und Fahrkosten (*VorstandsbeschlÃ¼sse vom 28.6.2013 und 20.5.2015*).

Ã

5

Auf Antrag der KlÃ¤gerin und des Beigeladenen (Mai 2015) stellte die Beklagte im Statusfeststellungsverfahren fest, dass dessen TÃ¤tigkeit als Vorstandsmitglied im Rahmen eines abhÃ¤ngigen BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnisses ausgeÃ¼bt werde und seit 13.11.2010 der Versicherungspflicht in den Zweigen der Sozialversicherung unterliege. In der GRV sowie nach dem Recht der ArbeitsfÃ¶rderung bestehe ab 1.9.2012 Versicherungsfreiheit (*Bescheide vom 14.12.2015*). Der Widerspruch der KlÃ¤gerin wurde zurÃ¼ckgewiesen (*Widerspruchsbescheid vom 30.5.2016*). WÃ¤hrend des Klageverfahrens ist Versicherungsfreiheit in der GKV und sPV vom 13.11.2010 bis zum 31.7.2014 (*AbÃ¤nderung vom 4.5.2017*) und seit 1.1.2017

(Abänderung vom 18.4.2017) festgestellt worden; entsprechende Teilanerkennnisse hat die Klägerin angenommen.

Ä

6

Darüber hinaus sind Klage und Berufung erfolglos geblieben (*Urteil des SG Köln vom 4.5.2017; Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 27.2.2019*). Nach der Rechtsprechung des BSG (*Urteil vom 16.8.2017* [B 12 KR 14/16 R](#) [BSGE 124, 37](#) = *SozR 4-2400* [Ä 7 Nr 31](#)) werden Tätigkeiten, die Ausfluss der organschaftlichen Stellung einer ein Ehrenamt ausübenden Person und nicht für jedermann frei zugänglich seien, regelmäßig nicht zu der in [Ä 7 Abs 1 SGB IV](#) umschriebenen persönlichen Abhängigkeit führen. Eine bereichsspezifische Präzisierung dieser Kriterien führe zur abhängigen Beschäftigung, weil der Beigeladene als Vorstandsmitglied über die Ausübung organschaftlicher Funktionen hinaus weisungsgebunden ([Ä 86 Satz 1](#) iVm [Ä 27 Abs 3](#) und [Ä 665 BGB](#)) Aufgaben der Geschäftsführung wahrgenommen habe. Er habe als einfaches Vorstandsmitglied nicht die Rechtsmacht gehabt, ihm nicht genehme Weisungen des Vorstands jederzeit zu verhindern. Außerdem sei die Tätigkeit nicht objektivierbar aus ideellen Interessen und ohne Erwerbsabsicht unentgeltlich ausgeübt worden. Die Berechnung und Höhe der Vergütung auf der Grundlage eines Stundensatzes von 75 Euro sprächen gegen eine unentgeltliche Tätigkeit. Die finanziellen Zuwendungen überträfen alle für eine Parallelwertung in Betracht kommenden Obergrenzen, zB für die Haftungsprivilegierung von Organmitgliedern eines Vereins ([Ä 31a Abs 1 Satz 1 BGB](#)), die Steuerfreiheit von Einnahmen aus ehrenamtlicher Tätigkeit ([Ä 3 Nr 26a Einkommensteuergesetz](#)), die Umsatzsteuerbefreiung ([Ä 4 Satz 3 Nr 26 Buchst b Umsatzsteuergesetz](#) iVm dem *Anwendungserlass des Bundesministeriums für Finanzen vom 27.3.2013*), die Entschädigungshöhe für Mitglieder von Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung oder die monatliche Aufwandsentschädigung für stellvertretende Bürgermeister ([Ä 3 Abs 1 Nr 1](#) iVm [Ä 1 Abs 2 Nr 1 Buchst a](#) der *Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse vom 5.5.2014* [Gesetz](#) und *Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen* [S 276 idF vom 20.6.2017](#) [GV NRW](#) [S 649](#)).

Ä

7

Mit der Revision rügt die Klägerin die Verletzung von [Ä 7 SGB IV](#) sowie der [Ä 86, 26 BGB](#). Weisungsfreie Organmitglieder einer Stiftung können nicht abhängig beschäftigt sein. Gesetzliche Pflichten eines Organs seien keine Weisungen. Allein die organisatorische Eingliederung reiche zur Annahme von Beschäftigung nicht aus, sonst könnten Minderheitsgesellschafter-Geschäftsführer mit Sperrminorität niemals selbstständig sein. Unabhängig

davon, dass der Beigeladene nicht in der Lage gewesen sei, die Geschicke der Stiftung gegen den Willen der beiden anderen Vorstandsmitglieder zu lenken, hätten die Vorstandskollegen kein Recht gehabt, ihm Weisungen zu erteilen. Die Regelungen zum Vorstand eines Vereins, der in Fragen der Geschäftsführung den Weisungen der Mitgliederversammlung unterworfen sei ([§ 27 Abs 3 iVm § 665 BGB](#)), seien hier nicht anwendbar, da es weder eine Mitgliederversammlung noch ein anderes weisungsberechtigtes oder kontrollierendes Organ (zB Stiftungsrat) gebe. Aus den Satzungsregelungen zu den Aufgaben und der Vertretungsbefugnis des Vorstands sowie zur Abberufung eines Vorstandsmitglieds aus wichtigem Grund ergebe sich auch keine Weisungsgebundenheit. Die Geschäftsordnung enthalte nur Modalitäten zur Vergütung. Ein Dienstvertrag sei nie geschlossen worden. Fehle es also wie hier vollkommen an einer Weisungsgebundenheit, könne diese auch nicht verfeinert sein.

Ä

8

Die Klägerin beantragt,
die Urteile des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 27. Februar 2019 und des Sozialgerichts Köln vom 4. Mai 2017 sowie den Bescheid der Beklagten vom 14. Dezember 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 30. Mai 2016 und der Bescheide vom 18. April 2017 und 4. Mai 2017 aufzuheben und festzustellen, dass der Beigeladene zu 1. in seiner Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Klägerin vom 13. November 2010 bis zum 31. August 2012 nicht der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung sowie vom 1. August 2014 bis zum 31. Dezember 2016 nicht der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung und sozialen Pflegeversicherung unterlag.

Ä

9

Die Beklagte beantragt,
die Revision der Klägerin zurückzuweisen.

Ä

10

Sie hält die angefochtene Entscheidung für zutreffend. Die Grundsätze aus der Entscheidung des BSG vom 16.8.2017 ([B 12 KR 14/16 R](#) = [BSGE 124, 37](#) = [SozR 4-2400 § 7 Nr 31](#)) zu organschaftlichen Tätigkeiten der funktionalen Selbstverwaltung seien auf Ehrenämter bei privatrechtlichen juristischen Personen nicht übertragbar, weil es insoweit an vergleichbaren speziellen gesetzlichen Rahmenbedingungen fehle.

Â

11

Die Beigeladenen stellen keinen Antrag.

Â

II

Â

12

Die zulässige Revision ist nicht begründet ([Â§ 170 Abs 1 Satz 1 SGG](#)). Das LSG hat die Berufung gegen das klageabweisende Urteil des SG zu Recht zurückgewiesen. Der Bescheid der Beklagten vom 14.12.2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 30.5.2016 und der Bescheide vom 18.4.2017 sowie 4.5.2017 ist rechtmäßig und verletzt die Klägerin nicht in ihren Rechten. Der Beigeladene war im streitgegenständlichen Zeitraum in seiner Tätigkeit als einfaches Vorstandsmitglied der Klägerin abhängig zu Erwerbszwecken beschäftigt (*dazu A.*). Er unterlag deshalb vom 13.11.2010 bis zum 31.8.2012 der Versicherungspflicht in der GRV und nach dem Recht der Arbeitsförderung sowie vom 1.8.2014 bis zum 31.12.2016 der Versicherungspflicht in der GKV und sPV (*dazu B.*).

Â

13

A. 1. Beschäftigung ist gemäß [Â§ 7 Abs 1 SGB IV](#) die nichtselbstständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis (*Satz 1*). Anhaltspunkte für eine Beschäftigung sind eine Tätigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers (*Satz 2*). Nach der ständigen Rechtsprechung des BSG setzt eine abhängige Beschäftigung voraus, dass der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber persönlich abhängig ist. Bei einer Beschäftigung in einem fremden Betrieb ist dies der Fall, wenn der Beschäftigte in den Betrieb eingegliedert ist und dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der Ausführung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Diese Weisungsgebundenheit kann vornehmlich bei Diensten höherer Art eingeschränkt und zur funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozess verfeinert sein. Demgegenüber ist eine selbstständige Tätigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen Betriebsstätte, die Verfügungsmöglichkeit über die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete Tätigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Ob jemand beschäftigt oder selbstständig tätig ist, richtet sich danach, welche Umstände das Gesamtbild der Arbeitsleistung prägen und hängt davon ab, welche Merkmale überwiegen. Die Zuordnung einer Tätigkeit

nach deren Gesamtbild zum rechtlichen Typus der Beschäftigung oder selbstständigen Tätigkeit setzt voraus, dass alle nach Lage des Einzelfalls als Indizien in Betracht kommenden Umstände festgestellt, in ihrer Tragweite zutreffend erkannt und gewichtet, in die Gesamtschau mit diesem Gewicht eingestellt und nachvollziehbar, dh den Gesetzen der Logik entsprechend und widerspruchsfrei, gegeneinander abgewogen werden.

Ä

14

Bei der Statusbeurteilung ist regelmäßig vom Inhalt der zwischen den Beteiligten getroffenen Vereinbarungen auszugehen, den die Verwaltung und die Gerichte konkret festzustellen haben. Liegen schriftliche Vereinbarungen vor, ist neben deren Vereinbarkeit mit zwingendem Recht auch zu prüfen, ob mündliche oder konkludente Änderungen erfolgt sind. Schließlich ist auch die Ernsthaftigkeit der dokumentierten Vereinbarungen zu prüfen. Erst auf der Grundlage der so getroffenen Feststellungen über den (wahren) Inhalt der Vereinbarungen ist eine wertende Zuordnung des Rechtsverhältnisses zum Typus der Beschäftigung oder selbstständigen Tätigkeit vorzunehmen und in einem weiteren Schritt zu prüfen, ob besondere Umstände vorliegen, die eine hiervon abweichende Beurteilung notwendig machen (*stRspr*; vgl zum Ganzen BSG Urteil vom 7.6.2019 [BÄ 12 R 6/18 R](#) [BSGE 128, 205](#) = *SozR 4* [2400](#) [ÄSÄ 7 NrÄ 44](#), *RdNrÄ 13Ä f mwN*).

Ä

15

2.Ä Diese Abgrenzungsmaßstäbe gelten grundsätzlich auch für Tätigkeiten, die mit der Organstellung innerhalb einer juristischen Person verbunden sind; auch Vorstandsmitglieder können abhängig Beschäftigte sein (vgl zB BSG Urteil vom 22.8.1973 [12Ä RK 27/72](#) *juris*; BSG Urteil vom 30.11.1978 [12Ä RK 33/76](#) [BSGE 47, 201](#) = *SozR 2200* [ÄSÄ 165 NrÄ 32](#); BSG Urteil vom 15.12.1983 [12Ä RK 57/82](#) [SozR 2200 \[ÄSÄ 165 NrÄ 73\]\(#\) sowie BSG Urteil vom 19.6.2001 \[BÄ 12Ä KR 44/00Ä R\]\(#\) \[SozR 3\]\(#\) \[2400\]\(#\) \[ÄSÄ 7 NrÄ 18\]\(#\); BSG Urteil vom 12.1.2011 \[BÄ 12Ä KR 17/09Ä R\]\(#\) \[BSGE 107, 185\]\(#\) = *SozR 4* \[2600\]\(#\) \[ÄSÄ 1 NrÄ 6\]\(#\)](#)